



Niederschrift

57. Plenarsitzung des Gemeinderates
21. November 2023, 9:00 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 1 der Tagesordnung: Tagesordnungspunkt Einzelberatung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2024/2025 einschließlich der Behandlung der Anträge und Anfragen des Gemeinderats sowie der Einwendungen von Einwohnerinnen, Einwohnern und Abgabepflichtigen zum Haushaltsentwurf

Antrag 1.165 (Seite 259): Frauenberatungsstelle Sozialdienst katholischer Frauen (CDU, SPD | KAL/Die PARTEI)
Vorlage: DHH/2023/5023

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt (43 JA, 1 Nein)

Der Vorsitzende: Ich rufe auf zwei Anträge zum Thema Frauenberatungsstelle Sozialdienst katholischer Frauen, einmal ein Antrag von CDU und SPD und einmal ein Antrag Karlsruher Liste/Die PARTEI. Es geht jeweils um 22.000 Euro Zuschusserhöhung.

Stadträtin Melchien (SPD): Ich rede jetzt zu den beiden Anträgen 1.165 und 1.166, die wir beide unterschiedlich interfraktionell eingereicht haben. Die Träger der Karlsruher Frauenhäuser, sowohl der SKF als auch der Verein zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kindern, haben beide aufgewiesen, dass sie einen erhöhten Bedarf an Beratung haben, dass dieser Beratungsbedarf höher ist, als den, den sie derzeit abbilden können. Beide haben das gleichermaßen getan, dass sie uns nachdrücklich davon überzeugt, dass eine Anpassung der Stundenzahl im Rahmen der Umsetzung der Istanbul Konvention durchaus geboten ist. Deswegen haben wir diese Anträge gestellt, beide um 22.000 Euro zu erhöhen. Damit ist eine Erhöhung der Wochenstundenzahl ungefähr um 10 Stunden der Beratungsleistung möglich, und die würden wir gerne trotz aller angespannten Haushaltslage in diesem ganz vulnerablen Bereich durchsetzen und werben um Unterstützung.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Ich rede zu den Anträgen 1.165, 1.166 und 1.170, weil diese Träger im Bereich Prävention, Fachberatung und Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Mädchen bei häuslicher Gewalt und im Bereich von Prävention und Beratung bei sexualisierter Gewalt sehr viel leisten. Die Beratungsfälle steigen und die Stunden steigen und wir wollen ja keine Abfertigung in diesen besonderen vulnerablen Situationen,

sondern wir wollen eine rasche, zeitnahe und professionelle Unterstützung. Der Unterstützungsbedarf wurde im Rahmen der Vorlagen zur Istanbul Konvention mehrfach, zuletzt auch hier im Gemeinderat im Dezember 2022 festgestellt. Es ist also nichts Neues, was hier gefordert wird, aber was Notwendiges und daher stimmen wir Grüne diesen von mir genannten Anträgen mit den Ordnungszahlen 1.165, 1.166 und 1.170 zu.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Ich würde auch zu den Anträgen 1.165, 1.166 und 1.170 sprechen wollen, weil sie letztlich die gleiche Zielsetzung haben. Uns geht es darum, wir haben hier in diesem Haus uns immer moralisch in erster Linie verpflichtet gefühlt, hinter unseren Frauenberatungsstellen und Frauenhäusern den Trägerverbänden, die hier uns bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention in unverzichtbarer Weise unterstützen, zu stellen. Wünschenswert gelöst wäre das Problem natürlich, wenn wir Mittel von Bund oder Land in irgendeiner Weise bekämen. Sie kennen die Problematik, es ist eine freiwillige Leistung, keine Pflichtaufgabe. Allerdings müssen wir jetzt die akute Situation lösen. Die beiden Trägervereine haben uns glaubhaft versichert und auch belegen können, dass sie einfach einen erhöhten Bedarf haben. Die Fallzahlen steigen, wir hatten es vorhin schon und das Problem ist jetzt, dass halt Wartezeiten vergeben werden an hilfeschuchende Frauen und Familien und das kann es natürlich nicht sein, denn wer schon die Hemmschwelle überwindet und sagt bei häuslicher Gewalt, ich wende mich an eine Beratungsstelle, dem muss akut und sofort geholfen werden. Also da darf man auch keine Zeit verstreichen lassen. Insofern werben wir auch um Zustimmung raus für unsere Anträge.

Der Vorsitzende: Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag 1.165, Frauenberatungsstelle Sozialdienst katholischer Frauen, Erhöhung um 22.000 Euro. Und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.